

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2713

der Abgeordneten Ilona Nicklisch (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/7492

### Beiräte und Beauftragte in Kreisen und Gemeinden

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragestellerin: Beiräte und Beauftragte nehmen in Zusammenarbeit mit den kommunalpolitischen Gremien eine wichtige Funktion ein. Ihre Rolle wurde in den letzten Jahren immer weiter gestärkt. Sie tragen erheblich zur Sicherstellung einer tatsächlichen Gleichstellung der von ihnen vertretenen Gruppen bei.

Frage 1: Wie viele Landkreise sowie Gemeinden über 30 000 Einwohner verfügen über

- a) einen Beauftragten zur Integration von Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit,
- b) einen Beirat zur Integration von Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit,
- c) einen Beauftragten für die Belange von Seniorinnen und Senioren,
- d) einen Beirat für die Belange von Seniorinnen und Senioren,
- e) einen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung,
- f) einen Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung?

zu Frage 1: In den 14 Landkreisen, vier kreisfreien Städten und acht kreisangehörigen Städten über 30 000 Einwohnern sind:

- a) 23 Beauftragte zur Integration von Einwohnerinnen und Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit,
- b) acht Beiräte zur Integration von Einwohnerinnen und Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit,
- c) sieben Beauftragte für die Belange von Seniorinnen und Senioren,
- d) 24 Beiräte für die Belange von Seniorinnen und Senioren,
- e) 24 Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung sowie
- f) elf Beiräte für die Belange von Menschen mit Behinderung tätig.

Eingegangen: 02.05.2023 / Ausgegeben: 08.05.2023

Frage 2: Ist es nach derzeitiger Rechtslage möglich, in einer kreisangehörigen Gemeinde zeitgleich sowohl einen Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung als auch einen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung zu unterhalten?

zu Frage 2: Gemäß § 19 Absatz 1 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg kann die Hauptsatzung vorsehen, dass die Gemeindevertretung zur Vertretung der Interessen anderer Gruppen der Gemeinde Beiräte oder Beauftragte wählt oder benennt. Es ist daher zulässig, dass sowohl ein Beirat als auch eine Beauftragte oder ein Beauftragter zur Vertretung derselben Interessengruppe berufen wird.

Frage 3: Ist es möglich, die Funktion des Beauftragten insoweit zu kombinieren, dass dieser sowohl für die Belange von Senioren als auch für die Belange von Menschen mit Behinderung zuständig ist?

zu Frage 3: Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg enthält hierzu keine Regelung. Daher ist dies möglich und entspricht der Praxis in zahlreichen Kommunen.

Frage 4: Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung der Arbeit derartiger Beauftragter und Beiräte?

zu Frage 4: Die Gewährleistung der Gleichstellung und Berücksichtigung der Interessen von spezifischen Personengruppen haben eine lange Tradition und sind vielerorts im Land Brandenburg gelebte kommunale Praxis. Der Wunsch nach Gleichberechtigung, Beteiligung und Teilhabe ist den angesprochenen Personengruppen gemeinsam. Dafür nehmen die Beauftragten und Beiräte als ihre Interessenvertretungen eine wichtige Rolle in den Kommunen ein.

Die Landesregierung sieht in der Arbeit von Beauftragten und Beiräten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung einen wesentlichen Beitrag für eine partizipativ angelegte politische Willensbildung auf kommunaler Ebene.